

Bundes-Schulgemeinschaftsausschuss (B-SGA)

Wien, am 24. November 2013

Liebe Eltern, liebe Lehrer¹, liebe Schüler!

Der Bundes-Schulgemeinschaftsausschuss (B-SGA) besteht aus je vier Vertretern der Eltern, der 44.000 Lehrer und der 400.000 Schüler aus dem AHS- und BMHS-Bereich. Wir möchten Sie über das neue Lehrerdienstrecht informieren.

Uns liegt ein qualitativ hochwertiges Schulwesen am Herzen. Dieses sehen wir durch den vorliegenden Gesetzesentwurf massiv gefährdet!

1. In AHS und BMHS dürfen künftig Lehrer mit halb so langer Ausbildung wie bisher angestellt werden.

Ein solches Downgrading der Anstellungserfordernisse lehnen wir mit Entschiedenheit ab. Zumindest dort, wo derzeit nur masterwertig ausgebildete Lehrer unterrichten dürfen, muss das auch in Zukunft gewährleistet sein.

2. Lehrer dürfen in jedem beliebigen Fach unterrichten.

Der Einsatz von Lehrern unabhängig von ihrer Ausbildung an jeder beliebigen Schulart in jedem beliebigen Fach wird entschieden abgelehnt, weil dies die Unterrichtsqualität senkt.

3. Das differenzierte Schulwesen und die achtjährige AHS werden abgeschafft.

Wer die Vielfalt der Bildungswege reduziert, gefährdet leichtfertig die Zukunftschancen unserer Jugendlichen. Der B-SGA lehnt daher die Einführung einer gemeinsamen Schule, die mit dem neuen Dienstrecht vorbereitet wird, mit Entschiedenheit ab und fordert die Beibehaltung des differenzierten Schulwesens einschließlich der AHS in ihrer achtjährigen Langform.

4. Lehrern bleibt noch weniger Zeit für den einzelnen Schüler.

Wenn Lehrer in Zukunft 50-100 (an Abendschulen 100-200) Schüler mehr unterrichten müssen als bisher, bleibt noch weniger Zeit für die dringend notwendige Individualisierung. Wir lehnen dieses Absenken der Betreuungsqualität ab.

5. In Ausbildung stehende Lehrer sollen alleinverantwortlich unterrichten dürfen

Neben einer vollen Lehrverpflichtung sollen sie ein Masterstudium absolvieren. Das ist nur unter massiver Qualitätsabsenkung bei Unterricht und/oder Studium möglich.

6. Die Notwendigkeit von Supportpersonal bleibt weiterhin unberücksichtigt.

Österreichs Schulen belegen lt. TALIS-Studie im OECD-Vergleich den **letzten Platz** bei der Ausstattung mit Supportpersonal. Der B-SGA fordert daher den zügigen Aufbau von qualifiziertem Supportpersonal, um Österreichs Schulen jene Möglichkeiten zu bieten, die in anderen Staaten längst eine Selbstverständlichkeit sind.

7. Politischer Willkür wird Tür und Tor geöffnet.

Bestehende Reihungskriterien für die Aufnahme in den Lehrberuf werden gestrichen, Leitungsfunktionen befristet, Objektivierungsverfahren teilweise abgeschafft etc. Das ohnehin sehr geringe Mitspracherecht der Schulpartner wird noch weiter eingeschränkt.

¹ Personenbezogene Bezeichnungen umfassen gleichermaßen Personen männlichen und weiblichen Geschlechts.

Bundes-Schulgemeinschaftsausschuss (B-SGA)

WIR FORDERN:

1. Bestqualifizierte Lehrer

Ein vielfältiges Schulwesen benötigt bestqualifizierte Lehrer mit unterschiedlicher Ausbildung und spezifischer Berufserfahrung. Vor allem im berufsbildenden Schulwesen muss der Lehrerberuf auch für Quereinsteiger attraktiv sein.

2. Ausbau eines qualitativ hochwertigen Angebots ganztägiger Schulformen

3. Zusätzliche Mittel für Bundesschulen

Jede NMS-Klasse bekommt vom Bund sechs zusätzliche Unterrichtsstunden finanziert. Der B-SGA fordert auch für Bundesschulen diese zusätzlichen Ressourcen, die an der Schule flexibel für pädagogische Zwecke wie z. B. Interessens- und Begabungsförderung, pädagogische Schwerpunktsetzungen, Individualisierung etc. zu verwenden sind. Über den Einsatz dieser zusätzlichen Mittel sollen die Schulpartner vor Ort autonom entscheiden.

4. Ausreichend Ressourcen

Verglichen zum OECD-Mittelwert wurden dem österreichischen Schulwesen innerhalb von nur 15 Jahren etwa 25 % der Ressourcen entzogen. Wir fordern ausreichende Ressourcen, um leistungsstark sein zu können.

5. Einhaltung der gesetzlich vorgegebenen Klassenschülerhöchstzahl

Den Schulen sind ausreichend Ressourcen zur Verfügung zu stellen, um die gesetzlich normierte Klassenschülerhöchstzahl auch tatsächlich einhalten und die vorgeschriebenen Gruppenteilungen auch tatsächlich durchführen zu können.

6. Die besten Lehrer für unsere Schulen

Ein neues Dienst- und Besoldungsrecht für Lehrer muss vom Dienstgeber so modern und attraktiv gestaltet werden, dass die Leistungstärksten eines Jahrganges diesen Berufsweg einschlagen wollen. Ziel muss es sein, so viele Personen für diesen verantwortungsvollen Beruf zu interessieren, dass die geeignetsten ausgewählt werden können.

7. Exitstrategie für Lehrer

Personen, die den hohen Anforderungen des Lehrerberufs nicht mehr entsprechen können, sind sozial vertretbare Ausstiegsmöglichkeiten zu bieten.

Wegen der absehbaren **Verschlechterung der Schulqualität** sowie fehlender Berücksichtigung der Forderungen wird das vorliegende neue Dienstrecht von Eltern, Lehrern und Schülern abgelehnt.

Während der Versammlungen am 5. Dezember 2013 wird eine allfällig notwendige Aufsicht für jüngere SchülerInnen sichergestellt sein.

Mit freundlichen Grüßen

für die Elternvertreter

Ing. Theodor Saverschel, MBA
Präsident des Bundesverbandes
der Elternvereine an mittleren und
höheren Schulen Österreichs

für die Lehrervertreter

Mag. Dr. Eckehard Quin
Vorsitzender der AHS-Gewerkschaft
MMag. Jürgen Rainer
Vorsitzender der BMHS-Gewerkschaft

für die Schülervtreter

Angi Groß
Bundesschulsprecherin